

FBP-TERMINE

FBP
LIECHTENSTEINFBP Mauren-Schaanwald
Video-Call mit den
LandtagskandidatenWann
Sonntag, 15. November, 17 UhrWo
Videokonferenz via Zoom

Was
In einer moderierten Zoom-Videokonferenz steht das Kandidatenduo aus Mauren, Alexander Batliner und Sonja Hersche, allen Interessierten Rede und Antwort. Einfach das Videotool Zoom herunterladen und um 17 Uhr mit der ID 863 7593 8324 sowie dem Kenncode OggSGj einloggen.

Kontakt
E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



Coronalage im Land 28 weitere Fälle, 15 Leute hospitalisiert

VADUZ Liechtenstein verzeichnete bisher insgesamt 905 laborbestätigte Fälle. Innerhalb des letzten Tages wurden 28 zusätzliche Ansteckungen mit dem Coronavirus gemeldet, wie die Regierung am Donnerstag mitteilt. Damit sind in den letzten 14 Tagen 1100 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner erkrankt. Als aktiv infiziert gelten 245 Personen. Bislang traten vier Todesfälle im Zusammenhang mit einer COVID-19-Erkrankung auf. 15 Erkrankte sind derzeit hospitalisiert, eine Person mehr als am Vortag. 656 erkrankte Personen sind in der Zwischenzeit wieder genesen, somit gelten derzeit 245 Personen als aktiv infiziert. Gegenwärtig befinden sich zudem 313 enge Kontaktpersonen in Quarantäne. (red/ikr)

Coronavirus SG-Kantonsspital startet neue Studie

ST. GALLEN Die Ostschweiz beteiligt sich an einer Langzeitstudie zum Coronavirus. Am Kantonsspital St. Gallen wird untersucht, wie stark die Ausbreitung von COVID-19 in der Bevölkerung ist und wie viele Personen bereits Antikörper aufweisen. Die Studie untersuche insbesondere die Antikörper-Häufigkeit bei Menschen, die im selben Haushalt mit einer an COVID-19-erkrankten Person leben, teilte das Kantonsspital St. Gallen am Donnerstag mit. Die Studie konzentriert sich auf zwei Altersgruppen der Bevölkerung: Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 19 Jahren sowie Erwachsene im Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Die Teilnehmer der Studie werden in einem ersten Schritt im Kanton St. Gallen und später auch im Kanton Graubünden rekrutiert. Rund 3000 zufällig ausgewählte Personen werden angeschrieben und eingeladen, sich an der Studie zu beteiligen. Die Studie ist Teil des Nationalen Forschungsprogramms «Corona Immunitas». Das durch die Swiss School of Public Health (SSPH+) initiierte Forschungsvorhaben hat das Ziel, die SARS-CoV-2 Immunität in der Schweizer Bevölkerung zu bestimmen. Mittlerweile umfasst das Programm bereits 40 Studien, verteilt über die gesamte Schweiz, wie es in der Mitteilung weiter heisst. (sda)

Risch: «Wir sind noch nicht da, wo wir hinwollen»

Coronavirus Die verlängerte Schliessung der Gastronomie und wie diese bestmöglich unterstützt werden kann, wird derzeit heiss diskutiert. Wirtschaftsminister Daniel Risch stand in Radio L Rede und Antwort. Eine Auswahl.

VON DANIELA FRITZ

Es kam zwar nicht sonderlich überraschend, dass die Gastronomie noch bis Ende November geschlossen halten muss (das «Volksblatt» berichtete am Montag und Mittwoch). Trotzdem sorgt die Entscheidung der Regierung vom Dienstag nach wie vor für offene Fragen. Dieses Mal stand Wirtschaftsminister Daniel Risch in Radio L Rede und Antwort. Er erläuterte die Hintergründe, die zur Verlängerung der Massnahmen geführt haben. Das «Volksblatt» hat die Fragen für Sie zusammengefasst.

Warum hat sich die Regierung dazu entschieden, die Schliessung der Gastronomie und das Konsumationsverbot bis Ende November zu verlängern?

Am 23. Oktober hat sich die Regierung zu einem harten Einschnitt entschieden und die Gastronomie geschlossen, zudem dürfen seither auf Veranstaltungen keine Speisen und Getränke mehr konsumiert werden. Denn beim Essen und Trinken könne man keine Maske tragen. «Wir sahen dort neben dem privaten Bereich das grösste Ansteckungsrisiko», begründete Daniel Risch. Seither hätten sich die täglichen Neuinfektionen zwar stabilisiert. «Es ist ein Zwischenerfolg, aber wir sind noch nicht da, wo wir hinwollen», so Risch. Deshalb habe die Regierung am Dienstag beschlossen, die Massnahmen zu verlängern. «Wir machen uns das nicht leicht und überlegen uns sehr gut, wo und welche Massnahmen wir treffen», betonte Risch. Die Regierung hofft nun darauf, dass sich die Situation in den nächsten Wochen weiter verbessert und die Massnahmen im Dezember wieder gelockert werden können.

Eigentlich müsste sich nach etwa zwei Wochen ein Effekt abzeichnen. Hat die Schliessung der Gastronomie nicht gefruchtet?

Laut Risch müsse man sich zunächst einmal die Ausgangssituation vor Augen führen: So stiegen die Fallzahlen in Liechtenstein vor drei Wochen exponentiell. «Das heisst, dass sich die Zahlen jede Woche verdoppelt hätten», erklärte Risch. Aus 35 Neuinfektionen wären also bald 70, dann 140 neue Fälle geworden. «Das wäre problematisch geworden», so Risch. Aber so weit kam es in Liech-

tenstein nicht. Die täglichen Fallzahlen nehmen derzeit vielmehr linear zu, es kommen also jeden Tag etwa gleich viele Fälle hinzu. Derzeit sind es durchschnittlich um die 30 Neuinfektionen pro Tag. Dann gelte es aber insbesondere in Liechtenstein auch zu beachten, dass die Zahlen schwanken. Grössere Cluster wie nach der Halloweenparty im Studentenheim oder in den LAK-Heimen würden sich stärker auswirken. Es sei daher wichtig, die Zahlen auch vor solchen Hintergründen zu interpretieren.

Lässt sich an einer Zahl festmachen, ab wann die Lokale wieder öffnen dürfen?

Nein, so einfach ist es leider nicht. Zum einen müsse Liechtenstein beobachten, was in den Nachbarländern geschieht. Zum anderen entscheidet die Regierung nicht einfach aufgrund der Infektionszahlen. Wichtig sei beispielsweise auch, wie sich die Lage in den Spitälern oder in den Pflegeheimen entwickelt.

Warum wurde gerade in der Gastronomie der Hebel angesetzt, gab es dort so viele Ansteckungen?

«Mir ist es wichtig, der Gastronomie nicht die Schuld zu geben», betonte der Wirtschaftsminister. Aber dies sei nun mal der Ort, an dem Menschen zusammentreffen, gemeinsam essen und trinken, ohne eine Maske zu tragen. In Liechtenstein hätte es einige Fälle gegeben, in denen sich die Betroffenen in Lokalen angesteckt haben.

Aber die Casinos bleiben offen?

Die Regierung habe sogar kurz darüber nachgedacht, auch Casinos zu schliessen, erzählte der Wirtschaftsminister. Allerdings habe man sich dagegen entschieden: Es sollte eine einfache Regel gelten, die dann überall durchgezogen wird. Risch erinnerte daran, dass nicht nur die Gastronomie geschlossen ist, sondern auch ein Konsumationsverbot auf Veranstaltungen und öffentlichen Räumen gilt. Dies ermögliche es aber, dass Freizeit- und Kulturbetriebe offenbleiben können. Dazu gehören neben Kinos, Museen oder Theatern auch die Casinos. «Bei den Casinos geht es weniger um die Gastronomie. Es besteht wohl vielmehr eine grundsätzliche Ablehnung», so Risch. Liechtenstein habe aber vor ein paar Jahren ein Gesetz



Wirtschaftsminister Daniel Risch verteidigte den Schritt der Regierung, die Gastronomie zu schliessen. (Archivfoto: IKR)

beschlossen, dass Spielbanken zulässt. «Das gilt jetzt und wir müssen Casinos wie andere Wirtschaftszweige behandeln», findet der Regierungschef-Stellvertreter.

Warum hat Liechtenstein einen anderen Weg als die Schweiz eingeschlagen?

Die Informationen, die der Regierung vor drei Wochen vorlagen, hätten klar gezeigt, dass man unverzüglich handeln müsse. «Wir sind damals auch davon ausgegangen, dass der Bundesrat mit neuen Massnahmen nicht bis zu seiner nächsten Sitzung am Mittwoch warten würde», schilderte Risch die Situation. Dass der Bundesrat doch abwartete, habe auch für Kritik gesorgt. Risch verwies ausserdem auf Österreich und Deutschland, die kurze Zeit später harte Massnahmen getroffen haben.

Jetzt steht man aber vor dem Problem, dass die Lokale in der Schweiz offen haben.

Risch appellierte hier an den gesunden Menschenverstand und Eigenverantwortung. Es sei nicht vernünftig, in der Schweiz genau das zu tun, was man eigentlich vermeiden sollte.

Der Landtag hat im Dezember das Massnahmenpaket 3.0 zur Unterstützung der Wirtschaft beschlossen. Was ist jetzt anders als während der ersten Welle?

Zum einen sind weniger Betriebe direkt von einer Schliessung betroffen. Neben der Kurzarbeitsentschädigung und dem COVID-19-Taggeld können die geschlossenen Betriebe einen Betriebskostenzuschuss von 50 Prozent des anrechenbaren Verdienstausfalls beantragen, im Frühjahr waren es bloss 40 Prozent. Ausserdem profitieren jetzt auch grössere

Unternehmen von einem Unterstützungsbeitrag (UEK) für den Geschäftsführer und dessen mitarbeitende Ehepartner, die keine Kurzarbeitsentschädigung erhalten. Statt den 4000 Franken gibt es neu 5000. Dieser höhere Betrag soll auch die gekauften Lebensmittel kompensieren. Ausserdem gibt es für speziell betroffene Branchen und Firmen eine Härtefallregelung. Wo Firmen durchs Raster fallen, sollen die Gemeinden einspringen, so Risch. Etwa, wenn eine Firma erst in diesem Jahr gegründet wurde. «Wir haben kurze Wege im Land und die sollte man auch gehen», rief er Betroffene dazu auf, sich zu melden.

Schön und gut, aber wann kommen die Betriebe an ihr Geld?

Es seien bereits einige Auszahlungen erfolgt, beispielsweise im Rahmen der UEK. Der Betriebskostenzuschuss hingegen basiere auf der Kurzarbeitsentschädigung, die zuerst abgerechnet werden müsste. «Wir versuchen, die Bürokratie möglichst gering zu halten», versprach Risch. Schliesslich hätten die Unternehmen jetzt andere Sorgen, als Formulare auszufüllen. Da es sich um Steuergeld handle, seien gewisse Prüfungen aber einfach nötig.

Wie berechnet sich die Kurzarbeitsentschädigung bei Teilzeit?

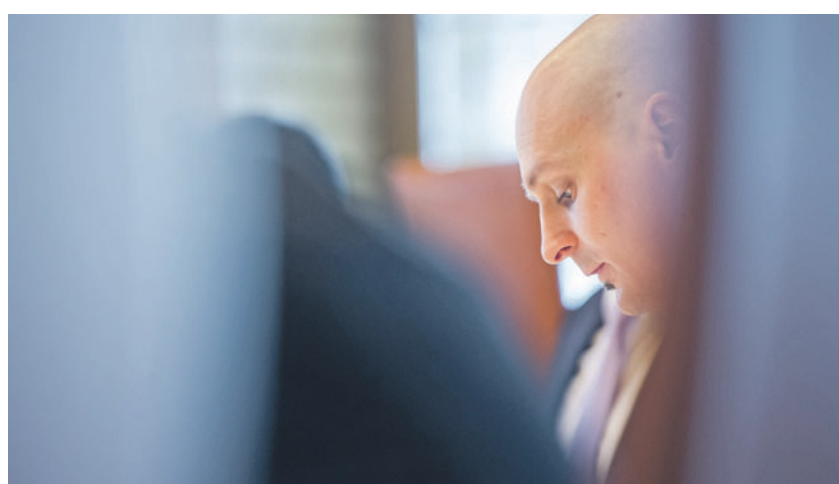
Zur Berechnung der Kurzarbeitsentschädigung braucht es eine Ausgangsbasis für den sonst üblichen Lohn. Das Amt für Volkswirtschaft sei hier bei Teilzeitbeschäftigten oder Beschäftigten auf Stundenbasis bisher kulant gewesen und habe sich am früheren Lohn oder Arbeitsaufwand orientiert. Um mehr Rechtssicherheit zu schaffen, soll aber noch auf Verordnungsebene festgehalten werden, wie vorzugehen ist.

Nach internem Konflikt: Thomas Lageder kandidiert trotzdem für die Freie Liste

Umschwenken Der langjährige Abgeordnete und Geschäftsführer der Freien Liste stand kurz vor der Kündigung. Nun wird Thomas Lageder doch kandidieren.

VON DANIELA FRITZ

Seit 2013 ist Thomas Lageder Geschäftsführer und Landtagsabgeordneter der Freien Liste. Auch seine Wiederkandidatur für die Wahlen 2021 schien für Aussenstehende klar. Doch dann warnte Lageder am 22. Oktober den Vorstand der Freien Liste per E-Mail vor, seine Kandidatur zurückzuziehen und seinen Pos-



Im Oktober kündigte Thomas Lageder bei der Freien Liste – mittlerweile hätten sich die Wogen jedoch geglättet. (Archivfoto: Michael Zanghellini)

ten als Geschäftsführer zu kündigen. Kurze Zeit später folgte die offizielle Kündigung per A-Post. Darin bat er darum, den bestehenden Vertrag bis Ende 2020 aufzulösen. Beide Dokumente liegen dem «Volksblatt» vor.

Lageder bestätigte deren Echtheit auf Anfrage. Es sei zu einem internen Konflikt gekommen, die Wogen hätten sich aber mittlerweile wieder geglättet. Näher wollte er die Angelegenheit nicht kommentieren. Er werde bei den Landtagswahlen entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung aber weiterhin für die Freie Liste kandidieren, betonte Lageder. Ob und wie es in der Geschäftsstelle weitergeht, werde derzeit verhandelt.

ANZEIGE

TOPJOB.li